

Klausur der Ost-SPD in Schwante am 25./26.1.2019

## **JETZT IST UNSERE ZEIT**

### **AUFARBEITUNG. ANERKENNUNG. AUFBRUCH.**

Wir wollen die Erinnerung an 30 Jahre friedliche Revolution und Mauerfall mit einem neuen Aufbruch für Ostdeutschland verbinden. Die Menschen in Ostdeutschland haben dank gesamtdeutscher Solidarität eine große Leistung vollbracht. Darauf können sie stolz sein. Die Arbeitslosigkeit ist zurückgegangen, ja es besteht mancherorts akuter Fachkräftebedarf. Junge Leute finden heute wieder Perspektiven in ihrer Heimat. Die ostdeutsche Wirtschaft steht auf einem deutlich stabileren Grund, als dass noch vor wenigen Jahren zu erwarten war. Es haben sich international wettbewerbsfähige Unternehmen, manche auch zu „hidden champions“ entwickelt. Gleichzeitig hatte der massive Umbruch wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Folgen, die bis heute wirken. Die meisten politischen, gesellschaftlichen und sozialen Zukunftsfragen stellen sich in ganz Deutschland, treten im Osten aber verstärkt auf oder sind anders gelagert. Dafür wollen wir selbstbewusst Politik aus dem Osten für Deutschland formulieren. An dem Ort, an dem die ostdeutsche SPD am 7. Oktober 1989 gegründet wurde.

Der Osten muss insgesamt eine größere Rolle spielen. Zu häufig herrscht in der Bundespolitik und auch in der SPD ein „Westblick“. Spezifische ostdeutsche Bedingungen und Bedürfnisse werden oft zu wenig mitgedacht. Diesen Mangel haben wir bereits in unserem Ost-Impulspapier „Für einen sozialen und demokratischen Aufbruch im Osten“ beschrieben, das auf dem großen Treffen der Spitzenvertreterinnen und -vertreter der Ost-SPD am 19. Oktober 2018 debattiert wurde. In diesem Papier wurden auch zentrale Zukunftsthemen formuliert, für welche wir konkrete Lösungen erarbeiten wollen. Die Ergebnisse der Klausur in Schwante bilden einen nächsten Zwischenschritt auf dem Weg zum Ostkonvent der SPD im April 2019.

#### **In unserem Papier setzen wir auf ostdeutsche Zukunftsthemen!**

Die jüngere Generation erwartet eine gute Ausbildung, gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen, schnelles Internet und Mobilität in der Stadt und auf dem Land und eine Infrastruktur, die das Leben überall lebenswert macht.

In Ostdeutschland haben sich einige Regionen prächtig entwickelt, andere sind weiter von Abwanderung und den massiven Umbrüchen der Zeit nach 1990 geprägt. Unser Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse in Ost und West zu erreichen wollen wir weiter vorantreiben.

Wir brauchen einen nachweisbaren „Vorsprung Ost“ auf wichtigen Zukunftsfeldern, der uns von anderen Regionen positiv abhebt. Erst solch ein Entwicklungsvorsprung ermöglicht es Ostdeutschland, strukturelle Nachteile wettzumachen sowie neue Industrien, neue Arbeitsplätze und Menschen dauerhaft in die Region zu ziehen.

Genauso formulieren wir aus ostdeutscher Sicht Forderungen für eine neue Sozialpolitik wie die Einführung einer Grundrente und eine Reform von Hartz IV. Dies ist im Osten umso wichtiger, um die Leistung der Menschen in Ostdeutschland nach 1989 anzuerkennen.

Wir brauchen eine gesellschaftliche Aufarbeitung der Umbrüche nach 1989. Dies ist die Voraussetzung dafür, einen großen Teil der Ostdeutschen für diesen Aufbruch mitzunehmen.

Wir sehen das Jahr 2019 als große Chance, miteinander ins Gespräch zu kommen, einander zuzuhören und uns gegenseitig Respekt zu zollen. Einerseits ist es an der Zeit mit Missverständnissen aufzuräumen zwischen denen, die im Osten, und denen, die im Westen groß geworden sind. Andererseits brauchen wir auch Gespräche über das, was in der Wendezeit geschehen ist; ehrlich und einander zugewandt.

Wir werden die Errungenschaften der Revolution von 1989 und die Aufbauleistungen verteidigen. Im Osten ist die Bedrohung noch stärker. In Polen und Ungarn werden die Prinzipien der Demokratie ausgehöhlt, die Pressefreiheit eingeschränkt und die Gewaltenteilung von Rechtspopulisten ausgehebelt. Diese Bedrohung der Freiheit und des Rechtsstaats zeigen allerdings auch vielen, selbst jenen, die manche Aspekte der Politik in Deutschland kritisch sehen, dass man jetzt alle braucht, um die Demokratie zu verteidigen.

## **GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSE IN OST UND WEST: WEITERE INVESTITIONEN IN OSTDEUTSCHLAND**

Unser Ziel ist endlich gleichwertige Lebensverhältnisse in Nord und Süd, Ost und West zu erreichen. Denn noch immer gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Regionen, wie zum Beispiel unterschiedliche Einkommen und Beschäftigungsmöglichkeiten oder auch eklatante Unterschiede bei der Sicherung von Mobilität und beim Zugang zu Angeboten der Daseinsvorsorge. Gerade in Ostdeutschland verschwanden in den Umbrüchen der Nachwendezeit nicht nur die großen Betriebe mit zahlreichen Arbeitsplätzen, sondern die Angebote, die man für ein gutes Leben vor Ort braucht. Auch die Wirtschaftskraft ist in Ostdeutschland erheblich geringer als im Westen, kein Dax-Unternehmen hat seinen Sitz im

Osten. Und obwohl die meisten Ostdeutschen länger arbeiten als ihre Kollegen im Westen, verdienen sie im Schnitt 15 Prozent weniger.

**Deshalb darf der Angleichungsprozess zwischen Ost und West nicht stagnieren.** Obgleich wir wissen, dass es auch im Westen Regionen gibt, die einen industriellen Strukturwandel erlebt haben. **Nach dem Auslaufen des Solidarpakts brauchen wir daher einen Solidarpakt 3 für strukturschwache Regionen in ganz Deutschland.**

Bei vielen Menschen in strukturschwachen Gebieten kommt nicht mehr das an, was die Leute zufrieden macht: Bus und Bahn, der Lebensmittelladen für den Einkauf, der Arzt, die Schule. Wir wollen nicht, dass Menschen ihre Heimat aufgeben, weil sie dort keine Lebensperspektive mehr haben. Menschen müssen die Möglichkeit haben, zu entscheiden, wo sie gut leben wollen und wir müssen dafür sorgen, dass sie das auch tatsächlich können. **Gleichwertige Lebensverhältnisse heißt, dass Menschen in jeder Region die Chance auf Teilhabe haben.** Das muss im Alltag der Bürgerinnen und Bürger spürbar sein: Egal ob in der Stadt oder auf dem Land, in Ost und West, für Frauen oder Männer, Junge oder Alte.

**Wir fordern einen Paradigmenwechsel: Das Gemeinwohl muss öfter an erster Stelle stehen. Rein ökonomische Interessen dürfen nicht immer Vorrang haben. Nicht alles muss sich immer ökonomisch maximal „lohnen“.** Die Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, die wir politisch wollen, müssen auch erbracht werden und ggf. kreative Lösungen dafür entwickelt werden. Sie müssen sowohl soziale als auch ökologische Interessen wahren. Vor allem wollen wir starke Kommunen. Viele Kommunen haben nicht genügend finanziellen Handlungsspielraum, weil sie von Schulden erdrückt werden. Hierdurch entsteht bei den verantwortlichen Bürgermeistern viel Frust, wenn durch Nothaushalte nur noch verwaltet und nicht mehr gestaltet werden kann. **Daher brauchen wir eine Lösung für die Altschuldenproblematik in Ost- und Westdeutschland.**

## **WIR BRAUCHEN EINE INFRASTRUKTUROFFENSIVE**

Wir müssen uns weiterhin der Herausforderung stellen, ein Höchstmaß an Versorgung mit kommunaler Infrastruktur und Gütern der Daseinsvorsorge zu ermöglichen. **Die Infrastrukturentscheidungen, die sich maßgeblich nach der Zahl der Einwohner richten, sind nicht im Interesse von Bürgerinnen und Bürgern in bevölkerungsarmen Gegenden.** Hier brauchen wir gerade in Ostdeutschland eine Infrastrukturoffensive: weitere **Investitionen in die Kinderbetreuung, Schulen, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Weiterbildungsangebote, eine bürgernahe Verwaltung, medizinische Versorgung, Einkaufsmöglichkeiten, kulturelle Teilhabe und Mobilität für alle.**

**Dazu gehört auch die hundertprozentige Versorgung mit Mobilfunk und schnellem Internet.** Denn von der Frage „Schnelles Internet ja oder nein?“ wird künftig abhängen, ob heute kleine Firmen weggehen, weil sie keine Arbeitsgrundlage haben, oder ob junge Leute

aus den Ballungsgebieten in ländliche Gebiete ziehen. Das sind Standortfaktoren von erheblicher Bedeutung.

Eine wichtige Voraussetzung dafür ist der weitere Ausbau der digitalen Infrastruktur mit schnellem Internet und mehr öffentlichen Internet- und WLAN-Zugängen. Der Aussage der CDU-Bundesbildungsministerin, 5G müsse nicht überall verfügbar sein, widersprechen wir entschieden. Im Gegenteil stehen wir für eine Versorgung bis in die kleinen Dörfer, also auch an jeder Milchkanne. **Deshalb darf die Bundesregierung die Frequenzen für 5G nur verkaufen, wenn die Mobilfunkanbieter eine flächendeckende Versorgung sicherstellen. Wir brauchen darüber hinaus eine starke öffentliche Kontrolle der Netze und Regulationsmechanismen bis hin zu einem Rechtsanspruch auf eine Mindestqualität der digitalen Infrastruktur.**

Auch eine verstärkte **Förderung der gesamten Verkehrsinfrastruktur mit einem Schwerpunkt im Öffentlichen Nahverkehr** muss unser Ziel sein.

Wir brauchen flexible und mobile Infrastrukturangebote wie zum Beispiel das Rufbussystem im ländlichen Raum. **Wir schaffen neue Angebote, die bedarfs- und nicht profitorientiert sind.**

Gute Infrastruktur und Mobilitätsangebote sind Grundbedingungen für den weiteren Erfolg der ostdeutschen Länder als Wirtschaftsstandort und für die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger. Seit der politischen Wende und deutschen Einheit ist viel geschafft, jedoch auch noch viel zu tun. Die Lage der ostdeutschen Länder in der Mitte Europas ist eine große Chance.

Das Risiko einer sehr ungleichen Entwicklung zwischen wenigen prosperierenden Ballungsräumen und vielen ländlichen Gebieten mit erheblichen demografischen und wirtschaftlichen Problemen ist real und verstärkt sich, wenn die Politik nicht aktiv gegengesteuert. Hinzu kommen die besonderen Herausforderungen in den ostdeutschen Regionen im Kohle-Strukturwandel.

**Moderne Verkehrsinfrastruktur und Mobilität muss alle Regionen erreichen** – mit passenden und innovativen Lösungen für Stadt und Land. Planung und Bau von Infrastruktur ist jedoch heute langwierig und teuer. Es gilt wieder, Bauprojekte zügig zu realisieren und dabei die Bürger mitzunehmen. Das bedeutet:

- Planungen vereinfachen, um die langfristigen Planungsprozedere wieder realistischer abbilden zu können,
- Die öffentliche Hand muss wieder attraktiver Auftraggeber für Planungs- und Bauleistungen sein,
- Die Bauwirtschaft benötigt kontinuierliche und langfristige Sicherheit bei Bauprogrammen des Staates, um termin- und kostensicher bauen zu können; derzeit noch vorhandene personelle Planungskapazitäten für Bahn- und Straßenprojekte in Ostdeutschland müssen wir erhalten.

Die Bahn muss eine verlässliche Basis für Personen- und Güterverkehre in allen Regionen sein. Daher:

- Konsequente und koordinierte Nutzung von EU- und Bundesprogrammen zum Ausbau der Schieneninfrastruktur und Elektrifizierung in den ostdeutschen Ländern, auch für Verbindungen nach Polen und Tschechien;
- Zügige Umsetzung des Deutschland-Taktes und Anbindung aller ostdeutschen Großstädte an den Bahnfernverkehr;
- Bahnstrecken im ländlichen Raum müssen erhalten bleiben;
- Leistungsfähige Trassen für den Güterverkehr zwischen West- und Osteuropa sowie Skandinavien, um den extrem hohen Lkw-Transitverkehr auf den Autobahnen durch Ostdeutschland zu verlagern.

Ländliche Regionen benötigen eine durch den Staat garantierte Grundversorgung öffentlicher Mobilität, damit die alltäglichen Wege zu Schule, Arbeit oder Arzt auch ohne eigenes Auto möglich sind. Ostdeutschland kann hier Modellregion für neue vernetzte Angebote sein:

- Bahn, Bus, Ruf- und Bürgerbusse sowie Sammeltaxis sind in den Regionen abgestimmt und vertaktet; sie werden durch private und gewerbliche Mitfahrdienste ergänzt;
- Flächendeckende und überregionale Gesamtverkehrsverbünde organisieren die Mobilität und bieten den Fahrgästen Fahrangebote, Tickets und Beratung aus einer Hand.

Die großen ostdeutschen Flughafenstandorte Berlin, Leipzig/Halle und Dresden kooperieren intensiv, um die Auslastung zu steuern und die Infrastruktur wirtschaftlich betreiben zu können.

**Die ostdeutschen Länder können Inkubator für die Mobilität der Zukunft werden. Als Experimentierraum für autonomes Fahren bringt Ostdeutschland gute Voraussetzungen mit.** Um diese zu nutzen, bedarf es einer gesonderten Förderung der Forschungs- und Entwicklungsinfrastruktur. **Auch beim Übergang in die Ära der Elektromobilität können die ostdeutschen Länder Vorreiter sein.** Die entsprechende Infrastruktur (wie etwa Ladesäulen) sollte genau hier vorbildhaft errichtet werden. Daneben sollen die Forschung und Entwicklung sowie Produktion von Batteriezellen als europäisches Leitprojekt in Ostdeutschland angesiedelt werden.

Zu einer Infrastrukturoffensive zählt auch, die öffentliche Förderung im Bereich des sozialen Wohnungsbaus auf einem höheren Niveau zu verstetigen. **Bezahlbare Mieten sind ein echter Standortvorteil ostdeutscher Metropolen. Wir wollen hier keine westdeutschen Verhältnisse eines überhitzten Mietmarktes.** Es ist darüber hinaus auch eine soziale Frage: Jeder Mensch hat das Recht, gut zu leben und zu wohnen. Ob es gutes, bezahlbares Wohnen gibt, darf nicht allein vom Markt abhängen. Als Sozialdemokraten wollen wir nicht, dass schon an Wohnlagen und Anschriften die finanzielle Situation der Anwohnerinnen und Anwohner erkennbar ist. Durch gemeinschaftliches Wohnen unterschiedlichster Milieus und Berufsgruppen entstehen Gemeinsinn und sozialer Zusammenhalt.

**Wir brauchen öffentlich geförderten, guten und bezahlbaren Wohnraum, der langfristig bis weit in die Mittelschicht hinein zur Verfügung steht.** Dies ergänzt unser Ziel, eine stärkere soziale Mischung der Wohngebiete zu erreichen.

Hier brauchen wir **Anpassungen bei der Grund- und Bodenpolitik der öffentlichen Hand, Modellförderungen für Lagen mit explodierenden Mieten und einen verstärkten gemeinnützigen Wohnungsbau.** Auch in Zukunft gilt es, den kommunalen Wohnungsbestand soweit wie möglich zu erhalten.

Nicht zuletzt **müssen alle neu geschaffenen Einrichtungen des Bundes in Ostdeutschland angesiedelt werden, bis eine annähernd gleiche Verteilung von Arbeitsplätzen in diesen Einrichtungen in Ost und West vorliegt.** Denn auch hier besteht ein enormer Aufholbedarf im Vergleich zu westdeutschen Ländern. Dies beinhaltet ebenso die Ansiedlung neuer, außeruniversitärer Forschungseinrichtungen in den ostdeutschen Ländern, die die bestehende Wissenschaftslandschaft bereichern. **Über die Fortschritte auf diesem Gebiet soll der Ost-Beauftragte der Bundesregierung jährlich berichten.**

## **MEHR CHANCEN UND SCHUTZ IN EINER SICH VERÄNDERNDEN ARBEITSWELT**

Wir stehen heute vor neuen Herausforderungen in einer sich rasant verändernden Arbeitswelt – beispielsweise im Hinblick auf Digitalisierung und Robotisierung. Daher brauchen wir neue Antworten sowohl für die Arbeit der Zukunft als auch für soziale Sicherung. Um alle Menschen mitzunehmen benötigen wir eine Aus- und Weiterbildungsoffensive und einen Rechtsanspruch auf (Weiter-)Bildung.

**Unsere soziale Marktwirtschaft war immer mit dem großen Versprechen verbunden, dass wer sich anstrengt, auch etwas davon hat. Dass wer sein Leben lang arbeitet, sich fast automatisch einen Wohlstand erarbeitet und für sich und die Seinen sorgen kann. Und die, die nicht arbeiten können oder sollen, werden durch einen starken Sozialstaat vor Armut geschützt.** Dieses Versprechen ist nicht für alle eingelöst worden. Der Sozialstaat hat viel Vertrauen verloren. Unsere Aufgabe als Sozialdemokraten muss dabei sein, den Wert der Arbeit zu stärken und die Lebensleistung zu würdigen.

**Zudem braucht es eine Antwort auf soziale Abstiegsängste. 1990 standen alle ostdeutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor einem krassen Bruch. Die meisten haben sich durchgekämpft. Aber das Gefühl dafür Anerkennung oder Respekt zu erhalten, hat sich zu selten eingestellt.** Viele Menschen mit einem Arbeitsplatz waren und sind immer noch verunsichert. Sie befürchten den schnellen sozialen Abstieg, falls sie ihren Arbeitsplatz verlieren. Viele Menschen sahen und sehen sich genötigt, auch prekäre Beschäftigungen aufzunehmen. Ein Drittel der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Osten verdient auch heute noch – trotz teils sehr guter Ausbildung – unter zehn Euro in der Stunde. Sie drohen im Alter genauso unter die Armutsgrenze zu rutschen, wie die, die nie in die Rentenkassen

eingezahlt haben. Gerade im Osten müssen daher viele Menschen trotz Arbeit oder Anspruch auf Arbeitslosengeld I zusätzlich Leistungen nach dem SGB II beantragen. Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, müssen nach einem Leben voller Arbeit Grundsicherung im Alter beantragen.

Es gehört auch im Osten nur eine geringe Zahl von Arbeitssuchenden zur Gruppe der inaktiven Arbeitssuchenden. Der Gesetzgeber sollte sich daher nicht nach der Minderheit ausrichten. Er nimmt in Kauf, die Mehrheit der Menschen unangemessen zu behandeln und zu demotivieren. In **Ostdeutschland hat – wie überall in von massiven Strukturwandel betroffenen Gegenden – kaum jemand seine Arbeitslosigkeit selbst verschuldet.**

All diese Probleme gibt es auch in vielen Regionen Westdeutschlands. Nicht jedoch in der Massivität, mit der sie ostdeutsche Familien betrafen. **Gerade deshalb müssen wir selbstbewusst die Stimme im Osten mit weitreichenden, aber machbaren Vorschlägen erheben.** Wir wollen das Vertrauen in die soziale Marktwirtschaft, in den Sozialstaat und ein solidarisches Miteinander wiederherstellen.

**Aus ostdeutscher Sicht sind folgende Punkte zentral für die notwendige Reform der Sozialpolitik:**

- **WIR WOLLEN MEHR LEISTUNGSGERECHTIGKEIT.**

**Wer 30 Jahre und mehr gearbeitet hat, darf nicht gleichgestellt werden mit jemand, der nicht gearbeitet hat.** Das ist eine Frage der Gerechtigkeit.

Deshalb soll die **Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes (ALG 1) verlängert und dessen Bezugsvoraussetzungen erleichtert werden.** Bei diesem Modell müssen wir dafür Sorge tragen, dass **Geringverdiener mit ihrem ALG 1 nicht aufstocken müssen.**

Wir unterstützen kulantere Freigrenzen für angespartes Vermögen damit diese **nicht mehr für den Bezug von Arbeitslosengeld II herangezogen werden.**

Entscheidend ist, dass die Lebensleistung auch in der Rente anerkannt wird. Dies gilt vor allem für Ostdeutschland. Wer 30 Jahre Beiträge gezahlt hat, muss mehr Rente bekommen als die Grundsicherung, auch dann, wenn sein Einkommen – wie so oft in Ostdeutschland der Fall – niedrig war. Wir fordern daher eine Grundrente, die den Namen verdient. Es ist richtig, dass im Koalitionsvertrag vorgesehen ist, **Teile der Altersrente in der Grundsicherung anrechnungsfrei zu stellen.** Zentral für Ostdeutschland ist, dass auch die **Partnereinkommen nur dann zu einer Minderung der Grundrente führen, wenn sie sehr hoch sind.**

Die SPD setzt sich für einen **Gerechtigkeitsfonds** ein für jene Menschen, die durch die Rentenüberleitung der Nachwendezeit Nachteile erlitten haben, wie z.B. Krankenschwestern die ehemaligen Beschäftigten der DDR-Braunkohleveredelung, die in der DDR-Geschiedenen oder die ehemaligen Reichsbahner. **Die CDU hat sich in den Koalitionsverhandlungen massiv**

**dagegen gewehrt. Richtig ist, dass nun in einem ersten Schritt der Härtefallfonds kommt.** Doch wir stellen uns mehr vor, aber wir konzentrieren uns jetzt auf den Härtefallfonds.

Die gegenseitige **Anrechnung von Einkommen in Bedarfsgemeinschaften gehört generell, auch im SGB II, auf den Prüfstand.** Wir wollen prüfen, wie diese Regelungen im Gesamtkontext unseres Sozialrechts geändert werden können. Unser Ziel ist es, dass Menschen, die zusammenleben wollen, dafür nicht mit finanziellen Einbußen bestraft werden.

Wer arbeiten will, soll auch arbeiten können. **Wir wollen das Recht auf Arbeit verwirklichen. Dazu entwickeln wir den sozialen Arbeitsmarkt weiter. Neben dem Teilhabechancengesetz prüfen wir auch landesspezifische Modelle wie das Solidarische Grundeinkommen aus Berlin.**

#### ▪ **WIR WOLLEN EINE KINDERGRUNDSICHERUNG EINFÜHREN.**

**Das neue „Starke-Familien-Gesetz“ ist ein Meilenstein nicht zuletzt für ostdeutsche Familien mit kleinen Einkommen, die es oftmals schwer haben über die Runden zu kommen. Mit dem Gute-KiTa-Gesetz haben wir für mehr Qualität und weniger Gebühren in unseren Kitas gesorgt. Wir sind froh, dass so das uns vertraute ostdeutsche Modell frühkindlicher Bildung in ganz Deutschland gestärkt und ausgeweitet wird.**

**Wir wollen eine sozialdemokratische Kindergrundsicherung für alle Kinder in Deutschland einführen.** Kinder dürfen nicht länger arm oder armutsgefährdet sein, bloß weil die Eltern ein geringes Einkommen haben. In einem Ein-Eltern-Haushalt zu leben darf für Kinder nicht länger ein Armutsrisiko bedeuten.

**Aus der Perspektive Ostdeutschlands unterstützen wir die Idee, eine solche sozialdemokratische Kindergrundsicherung aus zwei Teilen zu gestalten: Einerseits aus Geld in der Familie (Kindergrundsicherung). Andererseits aus einer kostenfreien Infrastruktur für alle Kinder.**

Davon wird Ostdeutschland besonders profitieren. Es gibt mehr Kinderarmut, weil mehr Eltern als Aufstocker oder Arbeitslose SGB II-Leistungen beziehen. In Ostdeutschland ist der Anteil der Alleinerziehenden an allen Familien deutlich größer als in Westdeutschland. Es gibt weniger Besserverdienende und mehr Menschen mit geringen Einkommen – hier sorgt die sozialdemokratische Kindergrundsicherung für mehr Gerechtigkeit für all jene, **die wie die Kassiererin oder der Paketbote gerade so viel verdienen, dass sie kein Wohngeld, keine Teilhabeförderung oder keine Übernahme vom Kitabeitrag erhalten.** Für den Osten sind schließlich Strukturen wie Kita selbstverständlicher Teil einer modernen Frauen-, Familien- und Gleichstellungspolitik.

**Es ist einfach ungerecht, dass Arbeitnehmende wie die Kassiererin und der Paketbote am wenigsten finanzielle Unterstützung für ihre Kinder bekommen. Menschen, die gerade so viel verdienen, dass sie über der Schwelle von Förderungen wie Wohngeld oder**

**Kinderzuschlag sind, die aber auch noch keine oder wenig Steuern bezahlen, erhalten lediglich Kindergeld.** Kinder von Eltern mit Spitzensteuersatz bekommen hingegen über den steuerlichen Freibetrag monatlich bis zu 89 Euro mehr Geld für jedes ihrer Kinder.

Bei der konkreten Ausgestaltung müssen wir dafür sorgen, dass Arbeitsanreize nicht verloren gehen. Kinder müssen erleben, dass ihre Eltern wieder in Arbeit kommen und nicht frustriert sein, weil ihre Eltern keine Perspektive haben.

**Unsere Sozialdemokratische Kindergrundsicherung deckt kostenfreie Bildungs- und Freizeitangebote, Mobilität, kulturelle und soziale Teilhabe als integralen Bestandteil. Diese stehen jedem Kind, unabhängig von seiner Herkunft, zur Verfügung:** also etwa die Musikschule, der Sportverein, die Nachhilfe oder das Mittagessen werden von den Trägern, für Familien unbürokratisch, direkt beim Staat abgerechnet. Die Angebote sind damit nicht kostenlos, sondern werden von den jeweiligen Trägern direkt beim Staat abgerechnet. Dies bedeutet eine Entlastung für alle Familien. Konkret bedeutet das: Ein kostenfreies Kinder- und Jugendticket für Busse und Bahn, Kita- und Schulessen wird kostenfrei, Mitgliedschaftsbeiträge bekommt der Verein gebündelt für alle Kinder beispielsweise vom Jugendamt.

- **MEHR MENSCHEN AUS DER GRUNDSICHERUNG HOLEN.**

Familien im Leistungsbezug müssen besonders intensiv gefördert werden. Dazu müssen alle Institutionen, etwa Jugendämter, soziale Dienste und Jobcenter, besser zusammenarbeiten. **Es existieren bereits vielversprechende Ansätze, die ausgeweitet werden müssen. Die Modellprojekte zeigen: in den betroffenen Familien besteht ein gravierender, individuell sehr unterschiedlicher, Hilfebedarf.** Die durch die **Entbürokratisierung freiwerdenden Mittel müssen daher zu Gunsten einer neuen Ausrichtung der Jobcenter genutzt werden.** Wir wollen, dass die Mitarbeiter mehr Zeit auf die Förderung und Unterstützung Arbeitssuchender und ihrer Familien verwenden können. Hierzu muss es mehr sozialpädagogisch ausgebildete Mitarbeiter geben.

Eine weitere große Gruppe befindet sich derzeit im Hilfebezug, die dort nicht hingehört: Die Niedrigverdiener/-innen, die aufstockende Leistungen beantragen müssen. Dieses Problem lässt sich nicht im Sozialsystem, wohl aber auf dem Arbeitsmarkt lösen. Wir müssen Niedriglöhne endlich spürbar und grundsätzlich bekämpfen. Daher muss es einfacher werden, **Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären**, wenn sich manche Arbeitgeber notorisch verweigern zu verhandeln.

Damit gehört auch der gesetzliche Mindestlohn auf die politische Agenda. Tariflöhne sind stets besser als der Mindestlohn. Hier müssen wir weiter daran arbeiten, dass es wieder zu einer erstarkenden Sozialpartnerschaft für gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen kommt. **Gleichwohl stehen wir einer deutlichen Anhebung des Mindestlohnes – perspektivisch auf 12 Euro – sehr positiv gegenüber.**

Eine qualitativ hochwertige Ausbildung setzt eine angemessene Ausbildungsvergütung voraus, die den Wert von Ausbildung widerspiegelt. **Eine Mindestausbildungsvergütung, die ihren Namen verdient, ist wichtig für den Zusammenhalt unseres Landes.** Wie im allgemeinen Lohnniveau liegen auch die Ausbildungsvergütungen in Ostdeutschland unter dem westdeutschen Niveau. In nicht tarifgebundenen Betrieben werden häufig noch weitaus niedrigere Ausbildungsvergütungen gezahlt und die Tarifbindung ist weiter im Sinkflug. In Ostdeutschland arbeiten derzeit nur noch 44 Prozent der Beschäftigten in tarifgebundenen Betrieben. 30 Jahre nach der Einheit muss endlich gegengesteuert werden.

Wir sprechen uns mit den Gewerkschaften für eine Orientierung an den durchschnittlichen tariflichen Ausbildungsvergütungen aus. Eine gesetzliche Lösung darf nicht hinter die einschlägige Rechtsprechung der Angemessenheit der Ausbildungsvergütung zurückfallen. Der Plan der Bundesbildungsministerin, die Höhe der Mindestausbildungsvergütung am Schüler-Bafög zu orientieren ist völlig unzureichend. Dies wird den Leistungen der Auszubildenden nicht gerecht.

#### ▪ **EIN SOZIALSTAAT AUF AUGENHÖHE.**

Ausgangspunkt aller notwendigen Veränderungen ist die Erkenntnis: **Der summarische Begriff des Arbeitssuchenden taugt nicht.** Die Wirklichkeit ist facettenreicher. Ein Hartz-IV-Empfänger kann ein 50-jähriger Handwerker sein, dessen physische Verfassung eine Tätigkeit in dem erlernten Beruf nicht mehr zulässt. Es kann die Fachkraft sein, deren Montagetätigkeit jetzt in einem anderen Land oder durch eine Maschine vorgenommen wird. Es kann die alleinerziehende Mutter sein, die nur einer Halbtags­tätigkeit nachgehen kann und gerade kein passendes Angebot findet. Es können aber auch Menschen sein, die durch eine Krankheit, einen Schicksalsschlag, durch Sucht oder eine Scheidung den Halt unter den Füßen verloren haben. All dies wird unter einem Begriff Arbeitssuchende gefasst.

**Die härteren Sanktionen für junge Menschen sollen abgeschafft werden.** Wir fordern, dass bei Jugendlichen und Erwachsenen die gleichen Kriterien Anwendung finden. Die anderen Sanktionen müssen überarbeitet und abgemildert werden. **Viel stärker sollte mit positiven Anreizen gearbeitet werden.**

Der Staat **darf Engagement der Schulen und Sozialverbände nicht erschweren.** Bei allen Zusatzleistungen für Kinder, wie beispielsweise Spenden und Unterstützungsleistungen, darf keine Verrechnung mit den Regelsätzen erfolgen. Das erleichtert die Arbeit mit den Kindern und reduziert den Prüfaufwand in den Jobcentern.

**Es sind mehr Pauschalierungen, kulantere Freigrenzen und Bagatellgrenzen nötig. Die Bagatellgrenzen für Anrechnungsfragen müssen angehoben werden.** Das gilt insbesondere für Jugendliche, die einem Schülerjob nachgehen. Es gilt aber auch für Erwachsene, die einer gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Tätigkeit nachgehen und hierfür eine Entschädigung erhalten. Zudem braucht es pragmatische Lösungen etwa für Patchworkfamilien im Wechselmodell. Die Ausgaben für Leistungen steigen dadurch

womöglich, **Verwaltungsausgaben und die Belastung der Justiz dürften dramatisch zurückgehen.**

Die **Regelungen zu weißer Ware wollen wir überarbeiten.** Denkbar ist bspw. ein Schattenkonto beim Grundsicherungsträger, auf dem für Betroffene Geld angespart wird.

**Wir brauchen ein Recht auf Weiterbildung und eine echte Arbeitsversicherung als Antwort auf die neuen Herausforderungen.** Wer sich im Leistungsbezug weiterbildet, sollte wieder von einem Weiterbildungsunterhalt profitieren.

## **WIR BRAUCHEN EINEN GESELLSCHAFTLICHEN DIALOG ÜBER DIE NACHWENDEZEIT UND EINEN GESELLSCHAFTLICHEN AUFBRUCH FÜR DIE ZUKUNFT**

Wir wollen einen gesellschaftspolitischen Diskurs in ganz Deutschland über die Nachwendezeit und die Deutsche Einheit beginnen. Für einen solchen Aufbruch und eine solche Aufarbeitung braucht es einen nachhaltigen gesellschaftlichen Prozess.

Seit einigen Jahren ist nun ein Deutungskampf über die Folgen der deutschen Einheit für Ostdeutschland neu entbrannt, da auch diese Zeit für viele noch bis heute nachwirkt. Vor allem Rechtspopulisten nutzen und schüren das Gefühl des Zukurzgekommenenseins. Zugleich besetzen sie nicht nur die Losungen der Friedlichen Revolution, sondern stellen ihren politischen Kampf gegen die demokratische Ordnung der Bundesrepublik dem Widerstand gegen die SED-Diktatur im Jahre 1989 gleich. Insofern bedarf es mehr denn je, einer gesamtgesellschaftlichen Verständigung sowohl über den Charakter der SED-Diktatur und der freiheitlichen Ordnung der Bundesrepublik als auch über die Bedeutung der Friedlichen Revolution für die Freiheits- und Demokratiegeschichte.

**Diese Debatte muss aber ergänzt werden durch einen Diskurs über die Zeitgeschichte der deutschen Einheit seit 1990, der Erfolge ebenso thematisiert wie Misserfolge und fortbestehende Probleme.** Dabei kommt es darauf an, die Jahre 1989/90 nicht mehr als Endpunkt oder Anfangspunkt der historischen Betrachtung zu nehmen.

**Wir wollen, dass der Parteivorstand eine Arbeitsgruppe einsetzt, die zeitnah konkrete Vorschläge ausarbeitet, wie ein solcher Aufarbeitungsprozess aussehen kann.** Erste Überlegungen sind folgende:

Wir brauchen in einem solchen Prozess *erstens* eine öffentlich-wissenschaftliche Aufarbeitung der ganzen Nachwendezeit. Dazu stehen mittlerweile die Akten der Treuhand zur Verfügung. Gleichzeitig muss der wissenschaftliche Prozess die Erfahrungen der Zeitzeugen aufnehmen. Der Prozess selbst darf nicht nur im wissenschaftlichen Elfenbeinturm stattfinden. Es müssen Wege und Instrumente gefunden werden, um die *konträren* Ergebnisse der Forschung gesellschaftlich zu kommunizieren, zu erklären und Dilemmata und Widersprüche darzustellen. Es gilt, das Schiefgelaufene und das Erfolgreiche in jenem großen, so schnell

erfolgten historischen Umbruch besser verstehbar, benennbar und handhabbar zu machen. Es sollten exemplarisch bestimmte Themen in der Nachwendzeit untersucht werden, um einerseits über Abläufe aufzuklären, andererseits mit manchen Mythen aufzuräumen.

Wir brauchen *zweitens* die Beschreibung von tausendfachen Einzelerfahrungen. Auch hiermit soll die damalige Umbruchszeit deutlich werden, wie sie war: widersprüchlich, kompliziert, voll von schwierigen Entscheidungen.

*Drittens* braucht es wirklich eine breite gesellschaftliche Debatte. Ein Aufarbeitungsprozess darf nicht darin bestehen, dass letztlich eine zehnbändige Edition zur Nachwendzeit entsteht oder in drei Forschungs-Symposien wissenschaftliche Ergebnisse präsentiert werden. Es geht um eine in die Zukunft gerichtete Diskussion im ganzen Land. Es braucht eine Vielzahl an lokalen Aktionen und Formaten der Aufarbeitung in Ost und West. Weil die Aufmerksamkeit im Westen wenig gegeben ist, **befürworten wir die Errichtung eines Ost-West-Kulturzentrums in einer mittelgroßen Stadt in Ostdeutschland** als einen Ort, an dem einerseits ost- und westdeutsche Erfahrungen und Lebensbiographien gesammelt sowie eine differenzierte und lehrreiche Darstellung des Einigungsprozesses präsentiert werden kann. Dies kann ein zentraler Ort einer gesamtdeutschen Erinnerungskultur werden.

*Viertens* braucht es einen gesellschaftlichen und demokratischen Aufbruch, weil die Bürgerinnen und Bürger andere Erfahrungen gemacht haben sowie andere Bedingungen und andere Bedrohungen bestehen. Ein durchaus lebendiges gesellschaftspolitisches Engagement in Ostdeutschland scheint wenig institutionell gebunden und findet nicht in Parteien, Gewerkschaften und Vereinigungen statt, sondern vielmehr losgelöst von festen Strukturen. **Es geht also zudem um eine erlebbare Demokratie und Mitbestimmung.** Gerade vor Ort wünschen sich die Menschen mehr Mitsprache, wie zum Beispiel beim Bau einer Schule oder einer Straße. **Erst recht in Gegenden wo der Strukturwandel besonders stark erlebbar ist, müssen gemeinsame Wege und Lösungen erarbeitet werden.** Dies entspricht auch dem Demokratieverständnis vieler.

Daher wollen wir eine verstärkte Bürgerbeteiligung – vor allem auf Ebene der Kommunen und Länder – als wesentlichen Beitrag zur Wiederbelebung der Demokratie fördern. **Dies kann durch partizipative Konsultationsverfahren gelingen, die durch die Einbeziehung von unterschiedlichen Bürgerinnen und Bürger die Akzeptanz und Legitimation politischer Entscheidungen stärken.** So könnten Bürgerinnen und Bürger in einem regionalen Partizipationsprozess gehört werden und Einfluss auf die Gestaltung des Strukturwandels nehmen – zum Beispiel in den Braunkohleregionen. Zentral bleibt dabei immer ein sinnvolles Gleichgewicht zwischen repräsentativer Demokratie und Partizipation.

Gleichzeitig braucht es eine dauerhafte Förderung von Demokratieprojekten, um Vertrauen in Demokratiearbeit zu schaffen. Diese Forderung vertritt die Ost-SPD seit langem und kämpft hartnäckig für ihre Verwirklichung. **Deshalb unterstützen wir unsere Bundesfamilienministerin Franziska Giffey bei ihrem Vorhaben, ein Demokratiefördergesetz zu gestalten.**



Repräsentation und Mitbestimmung von Ostdeutschen sind auch in Spitzenpositionen der Wirtschaft, Wissenschaft, Medien, Justiz oder Verwaltung nicht gegeben. Daher brauchen wir Maßnahmen, um die **Vertretung Ostdeutscher in Spitzenpositionen** zu erhöhen. Der Ost-Beauftragte der Bundesregierung soll im jährlichen Bericht zum Stand der Deutschen Einheit über die Fortschritte der institutionellen Repräsentanz von Ostdeutschen berichten.